

Die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Nießer.

Präsident des Hansa-Bundes und des
Centralverbandes des deutschen Bank- und
Bankiergewerbes.

In der Vereinszeitung „Hansa-Bund“ beleuchtet Präsident Geh. Justizrat Dr. Nießer die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft in Deutschland. Diese Darlegung enthält überaus Wertvolles auch für die österreichische Wirtschaftspolitik. Professor Dr. Nießer äußert u. a.:

In diesem Kriege hat endlich einmal jeder Stand auch des anderen Standes Eigenart, auch dessen gleichen Anteil an der Erhaltung des Vaterlandes und auch dessen Anspruch auf gleiche Beachtung, gleichen Schutz und gleiche Stellung im Staate kennen und würdigen gelernt.

Aber gerade die neue Zeit, die nach diesem Kriege beginnen muß, bringt jedem Stande neue Aufgaben und stellt auch das, was an den alten Zielen unbergänglich ist, in neues Licht und unter neue Gesichtspunkte.

Gemäß seinen Richtlinien hat der Hansa-Bund mit aller Kraft dahin zu wirken, daß dem gewerblichen Bürgertum und damit dem Bürgertum überhaupt, die ihm, wie dieser Krieg klar vor Augen gefügt hat, gebührende volle Gleichberechtigung in der Verwaltung, Gesetzgebung und Leitung des Staates, wozu auch dessen Vertretung im diplomatischen Dienste gehört, eingeräumt werde, falls sie ihm etwa von irgend einer Seite noch vorenthalten werden sollte, und daß immer mehr Sachverständige in die Parlamente entsandt werden.

Auch die sonstigen ihm schon in seinen Richtlinien vorgeschriebenen Aufgaben sind umfangreicher und verantwortlicher geworden. Sie beziehen sich in kaum übersehbarer Zahl auf:

Die Verkehrs politik (Organische Verbesserung und möglichsie Vereinheilichung der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle).

Die Handels politik, die mehr denn je auf einer gerechten Abwägung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Interessen und ihrer verschiedenen Leistungsfähigkeit beruhen muß, und in deren Bereich auch die nicht nur im gewerblichen, sondern auch im politischen Interesse wichtige Frage der engeren wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehört.

Die Sozial politik, welche dringend der Mitarbeit eines Bundes bedarf, der, unter unbedingter Vorrangstellung der nationalen Interessen, die tunlichste Annäherung der in ihm vertretenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Richtungen herbeizuführen sich zur Pflicht macht.

Der Hansa-Bund wird aber auch, seinem Programm getreu, vor allem einzutreten haben:

Für die freie Bewegung und Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie und für die Reform derjenigen Einrichtungen, Gesetze und Verordnungen, mit welchen diese freie Bewegung, die selbstverständlich die durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen zu beachten hat, etwa nicht verträglich ist.

Für die Verminderung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates und Schreibwerkes im Staate und in den staatlichen und kommunalen gewerblichen Unternehmungen.

Für größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt hat, und

Für die praktische Durchführung des Grundsatzes, daß alle Staatsstellen ausschließlich mit Rücksicht auf die persönliche Eüchtigkeit und Befähigung des Bewerbers vergeben werden.

Der Hansa-Bund wird aber auch für die gesunde und gedeihliche Entwicklung von Gewerbe und Handwerk einzutreten und mit dafür zu sorgen haben, daß die im Kriege im Zusammenhang mit den Kriegsnotwendigkeiten vielfach erfolgte Ausschaltung des Handels im Frieden nicht weitergreife, da der Handel, der die Ware bis in die feinsten Verästelungen dem Verkehr zuführt, ein grundsätzlich unentbehrlicher Vermittler zwischen dem Verbraucher und dem Produzenten ist, dem er neue Absatzquellen und Absatzwege nachweist, und den er rechtzeitig auf die Art, die Richtung und die Höhe des Bedarfes hinweist.

Der Hansa-Bund wird weiter dafür zu sorgen haben, daß neue Monopole, die vielleicht aus steuerlichen Gründen zur Deckung der Kriegskosten nicht ganz zu umgehen sein werden, zur Erhaltung der Initiative und des Wagemutes, die sich nur in Privatbetrieben voll und ganz entwickeln können und die uns in erster Linie wirtschaftlich groß und stark gemacht haben, nicht über die steuerlichen Notwendigkeiten hinaus und nur unter voller Entschädigung der dadurch beseitigten Privatunternehmungen geschaffen werden.

Der Hansa-Bund hat überdies, obgleich ohne Zweifel die Zeit der rein individualistischen Wirtschaft vorüber und ein mehr gemeinwirtschaftliches Wirtschaftssystem unentbehrlich ist, mit dahin zu streben, daß die im Kriege notwendig gewesene und vielleicht auch für einen gewissen Zeitraum nach dem Frieden noch nicht völlig entbehrliche staatssozialistische Richtung in unserer Wirtschaft und unserer Wirtschaftspolitik nicht weiter ausgedehnt werde und nicht länger bestehen bleibe, als dies im Interesse des Gemeinwohls unbedingt erforderlich ist.

Der aus den hier nur angedeuteten Aufgaben naturgemäß erwachsende, für die Entwicklung und den Fortschritt des Staates förderliche und notwendige Streit der Meinungen kann und muß durchgefochten werden im Sinne der in diesem Kriege hoffentlich allgemein durchgedrungenen Ueberzeugung, daß das Wohl des Vaterlandes allen Einzel- und Sonderinteressen voranzustellen ist, und

76

120